

Neue Parteienlandschaften?

AfD und FPÖ im Vergleich

Vor den Europawahlen im Mai 2014 sorgten sich nicht wenige PolitikkommentatorInnen, dass ein Durchbruch europaskeptischer Parteien bevorsteht. Ganz so schlimm kam es nicht; das Wahlergebnis war aber das Gegenteil eines europapolitischen Aufbruchsignals: In Frankreich wurde der „Front National“ zur stärksten Kraft, in Großbritannien die „Unabhängigkeitspartei“ UKIP – und in Italien schaffte es die „Fünf-Sterne-Bewegung“ des Komikers Beppe Grillo auf Platz zwei. Der Newcomer „Alternative für Deutschland“ (AfD) brachte es auf sieben der 96 deutschen Sitze im Europaparlament, die FPÖ ergatterte vier der 18 österreichischen Mandate in Straßburg. Für die AfD bedeutete der Erfolg bei der Europawahl einen wichtigen Durchbruch. Bei den folgenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wurde sie von jedem zehnten Bürger gewählt und zog in die drei Landesparlamente ein.

Die Erfolge der Euro-SkeptikerInnen und der Rechtspopulismus

Der von den meisten PolitikwissenschaftlerInnen bevorzugte Ansatz zur Erklärung des Erfolgs europaskeptischer Parteien lautet, dass es sich dabei um „rechtspopulistische“ Parteien handelt. RechtspopulistInnen profitieren von den Modernisierungs-, Säkularisierungs- und Individualisierungsprozessen moderner Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften; sie sammeln die ModernisierungsverliererInnen ein, die mit dem beschleunigten Fortschritt nicht mehr Schritt halten können und sich den etablierten Parteien und/oder „dem System“ entfremdet haben. Europas RechtspopulistInnen protestieren gegen den überregulierenden Steuer-, Sozial- und „Parteienstaat“. Sie monieren die negativen Folgen eines werterelativistischen „Multikulturalismus“ und einer fehlgeschlagenen Integration von AusländerInnen. Rechte PopulistInnen artikulieren die Sorgen der „schwei-

genden Mehrheit“, ihre Angst vor „Überfremdung“, ihren Ausländerhass, ihren Nationalstolz und ihre Wut auf das europäische „Bürokratiemonster“.

Seit Längerem schon entdecken die RechtspopulistInnen „linke“ Themen für sich: Sie propagieren die Ausweitung sozialpolitischer Wohltaten – allerdings nur für die eigene Volksgruppe, die es vor einer „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ zu beschützen gilt. Die Politikwissenschaft spricht deshalb von einem „Wohlstands-Chauvinismus“. Neuerdings wettern die RechtspopulistInnen gegen die Banken; auch die direkte Demokratie haben sie für sich entdeckt, vor allem in europäischen Schlüsselfragen. Der wahlpolitische Hintergrund für das „Reframing“ genuin linker Themen liegt darin, dass die RechtspopulistInnen inzwischen überproportional im ehemals linken Wählerreservoir fischen. Sowohl FPÖ als auch AfD finden den stärksten Zuspruch unter ArbeiterInnen und formal niedrig Gebildeten.

Nationale Besonderheiten: FPÖ ...

Die FPÖ hat aus vielerlei Gründen deutlich rosigere Zukunftsaussichten als die AfD: Zunächst einmal ist sie eine „alte“, traditionell im deutsch-nationalen Lager Österreichs verankerte Partei, unter deren Gründungsmitgliedern sich viele ehemalige Nationalsozialisten befanden. In der österreichischen Konsensdemokratie war sie ein Außenseiter, der allerdings von ÖVP wie SPÖ umworben wurde. Nach einem kurzen Intermezzo als Partner der SPÖ in der Bundesregierung (1983 bis 1986) verfestigte sich ihr bundespolitischer Außenseiterstatus mit der Wahl Jörg Haider zum FPÖ-Obmann. Haider krepelte die sozialliberal geneigte FPÖ zur rechtspopulistischen Partei um und erzielte Wählerfolg um Wählerfolg – im Bund wie in seiner Heimat Kärnten, wo er von 1989 bis 1991 und von 1999 bis 2008 Landeshauptmann war.

Mit dem Beitritt Österreichs zur

Europäischen Union im Jahre 1995 „verdoppelte“ die FPÖ ihren Außenseiterstatus – im Europäischen Parlament fand sie aufgrund ihrer fremden- und europafeindlichen Rhetorik keine Partner. Nachdem die FPÖ bei der Nationalratswahl 1999 noch vor der ÖVP zur zweitstärksten Kraft wurde, nahm die Volkspartei sie in die Regierung auf (ab 2002 das BZÖ). In Europa schlug die Regierungsbeteiligung der Haider-Partei hohe Wellen. Sie führte zu dem Novum, dass der Europäische Rat Sanktionen gegen Österreich beschloss, die allerdings nicht lange durchgehalten wurden. Immerhin ging das Kalkül der ÖVP auf: FPÖ und BZÖ wurden in der Regierung weitgehend „entzaubert“.

Nach der erneuten Bildung der Großen Koalition im Jahre 2007 und dem Unfalltod Haider im Oktober 2008 gelang es Heinz-Christian Strache jedoch, die FPÖ als Oppositionspartei in die alte Erfolgsspur zurückzuführen. Von ähnlich charismatischer Statur wie Haider, profitierte auch Strache von der Vorliebe der österreichischen Boulevardmedien für populistische und EU-kritische Themen.

... und AfD

Während die FPÖ als erfolgreichste und älteste rechtspopulistische Partei Europas gilt, hat der Neuling AfD noch einen langen, mit vielen Unwägbarkeiten behafteten Weg vor sich. Die Rahmenbedingungen sind weit ungünstiger: Trotz der auch in Deutschland bekannten Neigung zum Konsens ist der politische Wettbewerb zwischen Sozial- und Christdemokratischer Partei deutlich profiliert als in Österreich, was das Geschäft für andere und neue Wettbewerber erschwert. Mit viel weniger Recht als in Österreich können sie hier gegen den Proporz oder einen ausufernden Parteienstaat polemisieren. Viele der bevorzugten rechtspopulistischen Themen sind darüber hinaus in Deutschland stärker mit einem Tabu belegt. Die Medien und selbst die

Boulevardpresse halten sich bei allem, was einen fremdenfeindlichen oder rechtsextremen Anklang haben könnte, viel stärker im Zaum. Es ist kein Zufall, dass die AfD alles daransetzt, nicht als rechtspopulistische, geschweige denn als rechtsextreme Partei zu erscheinen. Mit Erfolg hat sich die Parteispitze um Bernd Lucke bisher gegen jede rechtsextreme Unterwanderung der Partei zur Wehr gesetzt.

Umstritten ist, ob die AfD überhaupt als eine rechtspopulistische Partei charakterisiert werden kann – mit „nationalkonservativ“, europaskeptisch oder wirtschaftsliberal ist das Programm der Partei wahrscheinlich zutreffender bezeichnet. Dem Parteiführer Bernd Lucke mangelt es zudem – wie auch den anderen in der Führungsspitze – an der charismatischen Ausstrahlung und der Chuzpe, wie sie erfolgreiche RechtspopulistInnen andernorts kennzeichnet. Schließlich ist es ungleich

schwerer, eine neue Partei in einem 82-Millionen-Staat mit 16 (teilweise sehr großen) Bundesländern zu etablieren als in einem vergleichsweise kleinen Land mit 8,5 Millionen EinwohnerInnen und neun (teilweise sehr kleinen) Bundesländern. Bisher ist die AfD erst in drei ostdeutschen Bundesländern vertreten. Dort sind die Gelegenheitsstrukturen für sie aufgrund des höheren ProtestwählerInnen- und des geringeren StammwählerInnenpotenzials günstiger als in den westdeutschen Flächenländern.

PopulistInnen schaufeln sich häufig selbst das Grab

Ob die Erfolge der AfD wie die der FPÖ von Dauer sein werden, lässt sich heute nicht voraussagen. Die schwierigste Aufgabe, die die Partei zu bewältigen hat, liegt im Aufbau einer flächendeckenden, dauerhaft funktionierenden Parteiorganisation und in der Rekrutierung kompetenten Personals für die

Parlamentsfraktionen. Daran hapert es, wie unzählige Beispiele in Europa zeigen, am häufigsten. Populistische Parteien haben es aufgrund ihres Charakters – der Zentriertheit auf eine politische Führungsfigur, der Beliebigkeit oder mangelnden Realitätstauglichkeit ihres Programms und des allgemeinen Vorurteils gegenüber der korrupten, „schmutzigen“ Politik – nicht leicht, engagiertes, frustrationstolerantes und loyales Personal zu finden. Davon weiß derzeit vor allem das Team Stronach ein Lied zu singen. Wegen der Unbeständigkeit und Launenhaftigkeit des Populismus sowie der nicht selten auch charakterlichen Defizite seiner AnführerInnen und AnhängerInnen werden in Zukunft neue Parteien häufiger auftauchen, aber auch schneller wieder verschwinden.

Dr. Patrick Horst
*Lehrstuhl für Politikwissenschaft
Universität Passau*

in: *Interesse - Soziale Information* Nr. 4 / 2014, S. 4-5.